

Herrn Minister Altmaier
Umweltministerium
Stresemannstraße 128 - 130
10117 Berlin

Betr.: Energiewende

Sehr geehrter Herr Minister Dr. Altmaier,



Es ist nicht zu fassen was der SRU, ein Gremium in dem kein einziger Mitarbeiter jemals Verantwortung für unsere Stromversorgung getragen hat, für einen Unsinn verkündet. Falls sich unsere Bundesregierung auf den Rat solcher Gremien abstützt, wird der Schaden für unser Land auch noch weiterhin unübersehbar ansteigen:

„Deutschland kann im Jahr 2050 zu hundert Prozent klimaschonend mit Strom aus erneuerbaren Energien versorgt werden.“

Das erklärte der Vorsitzende des SRU, Prof. Dr. Martin Faulstich, am 5. Mai 2010 im Umweltausschuss des Deutschen Bundestages. Dort präsentierte der SRU seine Szenarien für eine regenerative Stromversorgung in Deutschland. Prof. Faulstich forderte: „Die Bundesregierung muss jetzt die Weichen für den Umbau des Energiesystems stellen.“

Der Energieexperte des Rates, Prof. Dr. Olav Hohmeyer, betonte: „Für die Übergangszeit sind weder Laufzeitverlängerungen für Atomkraftwerke noch neue Kohlekraftwerke erforderlich. Die Brücke zu den erneuerbaren Energien steht bereits.“

Solche Ankündigungen von Herrn Hohmeyer beobachte ich nun seit über 30 Jahren, zutreffend waren die noch nie, wie Sie aus den Anlagen unmittelbar entnehmen können.

Der Direktor des ISE der Fraunhofer-Gesellschaft erklärt in der badischen Zeitung unter: "Der Minister der zu oft umkippte" wahrheitswidrig: "...Zum Glück bewahrten uns die bereits installierten Kapazitäten von Wind und Sonnenstrom davor, vom Ausland abhängig zu werden..." Das ist schlicht unwahr, ja eine vorsätzliche Lüge!

Ab der Sekunde der Abschaltung jedes der 7 Kernkraftwerke haben wir den fehlenden Strom u.a. auch sowohl aus den Kernkraftwerken unserer Nachbarländer Frankreich, Tschechien, Belgien und der Schweiz als auch aus Mehrerzeugung aus deutschen Kohlekraftwerken bezogen, das ist physikalisch auch gar nicht anders möglich.

Mit dem Verantwortungswechsel in Ihrem Ministerium hatte ich mit vielen Fachleuten der Energiewirtschaft die Hoffnung verbunden, dass unsere Bundesregierung nun wieder auf den Pfad einer realistischen Energiepolitik, die die fünf Forderungen der Präambel des Energiewirtschaftsgesetzes zu einer möglichst sicheren, preisgünstigen, verbraucherfreundlichen, effizienten und umweltverträglichen leitungsgebundenen Versorgung der Allgemeinheit mit Strom und Gas verwirklicht, zurück findet.

Ihr Besuch bei der Amprion AG hat Ihnen sicher einige Aspekte der Konsequenzen einer überbordenden Leistungsverlagerung in den Norden Deutschlands mit der gleichzeitigen Notwendigkeit der Errichtung nahezu 100 % absichernder Leistung durch noch zu bauende - übers Land verteilte Gaskraftwerke, deren Gas zusätzlich aus Russland bezogen werden muss, aufgezeigt. Der Wind weht nun mal auch offshore nicht immer, bezogen auf die Nennleistung knapp 4000 h von den 8760 h in denen die Versorgung mit 99,9999 % tiger Sicherheit funktionieren sollte, ja seit 60 Jahren funktioniert hat.

Einige weiterführende Anlagen mögen Ihnen zusätzliche Einsicht vermitteln und hilfreich sein.

Mit den besten Wünschen zu erfolgreichem Wirken in Ihrem Hohen Amt zum Wohle unseres Landes und aller Menschen, stehe ich jederzeit gerne zu weiteren Erläuterungen zur Verfügung und verbleibe,

mit freundlichen Grüßen,

Ihr Helmut Alt

PS:

Sehr geehrter Herr Minister,

Sie werden sicher noch sehr viel nachjustieren müssen bis hin zu der Erkenntnis, **dass eine sichere Stromversorgung ohne angemessenen Anteil von Grundlaststrom mittels kostengünstiger Kernenergie und Braunkohle und einem mengenmäßig auf rd. 30 % begrenzten Anteil aus fluktuierenden Einspeisungen aus Wind- und Sonnenanlagen zu bezahlbaren Randbedingungen schlicht nicht möglich ist.**

Alle anderen Länder dieser Welt werden dies uns Deutschen noch zeigen, der Wettbewerbsdruck wird spätestens dann unsere Einsicht erzwingen.

FTD vom 4.6.2012

Altmaier justiert Energiewende nach

Bundesumweltminister Peter Altmaier (CDU) will die Zielmarken der Energiewende einhalten, den Detailfahrplan aber nachjustieren. „Ich habe angeordnet, bis zur Sommerpause die Prognosen, mit denen wir bisher arbeiten, zu überprüfen“, sagte Altmaier dem Magazin „Der Spiegel“. „Das gilt für unsere Erwartungen an den künftigen Stromverbrauch genauso wie für die Einspar szenarien etwa durch mehr Energieeffizienz.“ Auch die Ziele für den Ausbau erneuerbarer Energien würden unter die Lupe genommen. „Die Wirtschaft wird nur in den Umbau investieren, wenn sie unsere Ziele und Prognosen für realistisch hält.“ Im Umweltressort hieß es, Altmaier werde aber keinesfalls am Gesamtzeitplan für den Ausstieg aus der Atomkraft und Umstieg auf erneuerbare Energien rütteln. Dies würde den Einigungsdruck bei dem Projekt verringern. Die möglichen Nachjustierungen werde Altmaier noch vor der Sommerpause bekannt geben. CLAUDIA KADE

FTD vom 8.6.2012

Altmaier verärgert über Bundesumweltamt

Die Absage des Umweltbundesamts an neue Kohlekraftwerke in Deutschland hat im übergeordneten Umweltministerium für Verstimmung gesorgt. Es gebe Befremden und Verwunderung in der Ministeriumsführung über die Äußerungen von Behördenleiter Jochen Flasbarth zu Fragen des künftigen Energiemix, hieß es aus dem Hause von Minister Peter Altmaier (CDU). Diese würden nicht als hilfreich angesehen, besonders hinsichtlich der anstehenden Gespräche Altmaiers mit den Ländern. Befremdlich sei vor allem, dass sich der Präsident einer nachgeordneten Behörde permanent ohne Abstimmung zu Fragen äußere, die auf politischer Ebene zu entscheiden seien. Flasbarth sieht nach einer Analyse des deutschen Kraftwerksbestands keinen Bedarf für neue Kohlekraftwerke. Auch nach dem Atomausstieg sei das nicht notwendig, hatte er gesagt. DPA

Die Verärgerung gegenüber dem Präsidenten des Bundesumweltamtes ist sehr verständlich und lange überfällig begründet, werden doch von diesem Amt bereits unsere Schulkinder wahrheitswidrig hinsichtlich der Realitäten der Stromerzeugungsmöglichkeiten indoktriniert und zu Kernenergiegegnern erzogen.

Mehr Sonne in deutschen Schulen (Veröffentlichung vom 23.09.2011)

UBA-Präsident übernimmt Schirmherrschaft für bundesweiten Schulwettbewerb

Der Verein "Solarenergie macht Schule e.V." sucht ab sofort die aktivste Solarschule Deutschlands. „Solarenergie wird immer wichtiger. Darum sollen sich junge Leute schon früh damit vertraut machen“, sagt Jochen Flasbarth, Präsident des Umweltbundesamtes (UBA), der die Schirmherrschaft für diesen Wettbewerb übernimmt. Gerade in Hinblick auf eine sichere und zukunftsfähige Energieversorgung sei Sonnenenergie ein wichtiger Baustein. Die Solarwirtschaft erweist sich zudem als bedeutender Wirtschaftssektor und wichtiges Arbeitsfeld. 2010 waren über 120.000 Beschäftigte in dieser Branche tätig. Im Jahre 2050 könnte der Anteil der Solarenergie am deutschen Strommix bei 19 % liegen. *(kein Wort was das kostet und wer das bezahlt)* Beim Wettbewerb „Solarenergie macht Schule“ können Schulen ihr Engagement in Sachen Solarenergie unter Beweis stellen. Bewerben können sich Lehrer und Schüler mit ihren Unterrichtsaktionen und -ideen, zum Beispiel mit selbst gebauten Kollektoren oder kleinen Studien zu Aspekten der Photovoltaik. Die Aktionen sollen unterschiedliche Aspekte der Solarenergie in den Mittelpunkt stellen.

Teilnehmen können deutschlandweit alle Sekundarschulen, Gymnasien und berufsbildenden Schulen. Bewerbungsschluss ist der 30. November 2011. Das Gewinnerteam erhält seinen Preis auf der weltgrößten Solarmesse Intersolar in München im Juni 2012. „Um die gute Wettbewerbssituation Deutschlands zu sichern und weiter auszubauen, ist es wichtig, einen zukünftigen Fachkräftemangel rechtzeitig vorzubeugen. Dazu kann der Wettbewerb beitragen“, so Flasbarth.

2010 betrug der Anteil des Solarstroms am Gesamtbruttostromverbrauch in Deutschland knapp 2%. Bis 2050 ließe sich die deutsche Stromversorgung vollständig auf Erneuerbare Energien umstellen. Laut der UBA-Studie „Energieziel 2050: 100% Strom aus erneuerbaren Quellen“ ließen sich 2050 rund 19 % des bundesweiten Strombedarfs aus Solarenergie decken.

Ruhrnachrichten vom 29.4.2011: " Umweltbundesamt: Ab 2017 keine AKW mehr nötig".

29.04.11 | 05:59 Uhr Der Präsident des Umweltbundesamtes, Jochen Flasbarth, hält die Abschaltung sämtlicher Atomkraftwerke in Deutschland in den kommenden sechs Jahren für möglich und verantwortlich. Es gebe große Überkapazitäten in der Stromgewinnung, sagte Flasbarth den Dortmunder 'Ruhr Nachrichten' laut Vorabbericht. Zudem würden zahlreiche Kohle- und Gaskraftwerke neu gebaut.

Von einem früheren Ausstieg aus der Atomenergie riet Flasbarth allerdings ab. 'Dann wären Probleme bei der Versorgungssicherheit tatsächlich nicht vollständig auszuschließen', sagte er.

Flasbarth widersprach Bedenken, dass Deutschland bei einem Ausstieg bis 2017 auf Atomstrom aus dem Ausland angewiesen sei. Deutschland werde dank neuer Kraftwerke auch dann mehr Strom exportieren als importieren. Wichtige Voraussetzung dafür seien aber Investitionen ins Stromnetz.

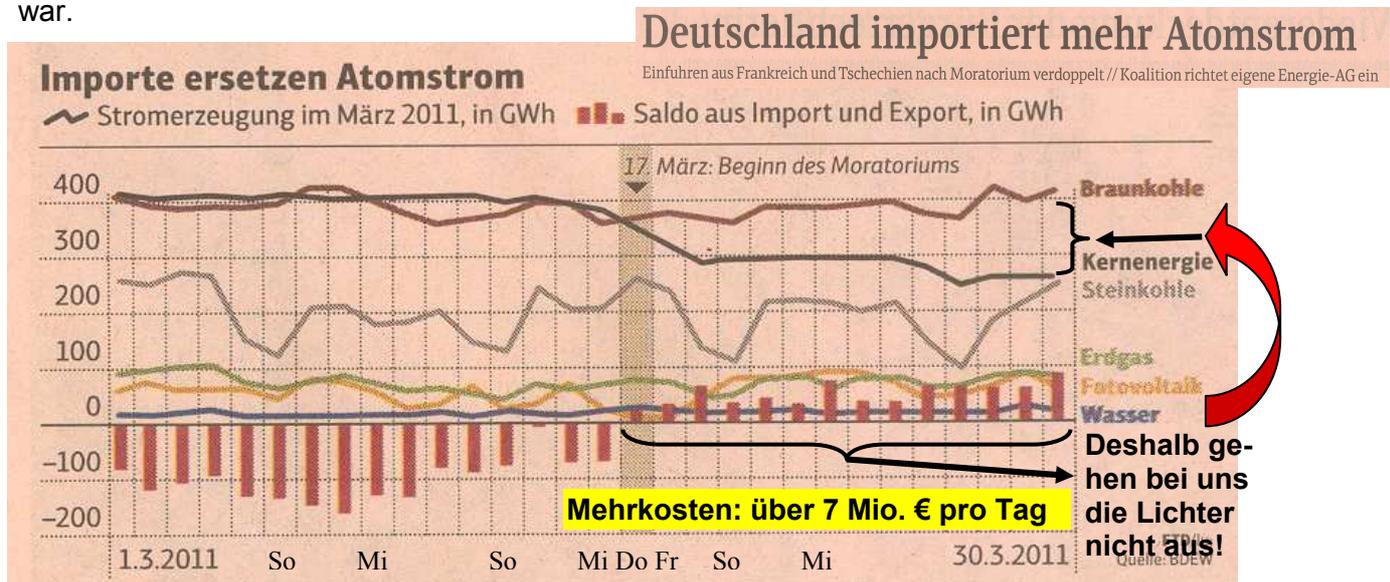
Das Umweltbundesamt rät Flasbarth zufolge Verbrauchern, zu einem Ökostromanbieter zu wechseln. 'Als Stromkunde kann ich so meine Marktmacht einsetzen und den Energiemix der Zukunft mitbestimmen', sagte er. Zudem seien die Ökostrom-Anbieter oft sogar billiger als regionale Versorger.

Als gelernter Volkswirt und Berater unseres Umweltminister Norbert Röttgen kommt dem UBA Präsidenten Herrn Flasbarth die mangelnde Sachkunde in Energietechnik und Energiewirtschaft sicher sehr zu Gute, wenn er behauptet, dass bei einem Ausstieg bis 2017 Deutschland nicht auf Atomstrom aus dem Ausland angewiesen sei.

Herr Röttgen ist als Jurist so optimal beraten, er wird sich wohl demnächst im Gegenzug seinen Blinddarm durch einen Absolventen des Fachbereiches Elektrotechnik und nicht von einem Mediziner entfernen lassen, falls dies erforderlich werden sollte.

Es ist einfach unfassbar, wie tief sich fachfremder Lobbyismus der staatlichen Institutionen wie das UBA an die Politik heran gerobbt hat, wesentlich intensiver als der Sachverstand der energietechnischen Industrie oder Energiewirtschaft dies vermag.

Deutschland ist durch das Moratorium von sieben Kernkraftwerke nicht sicherer wohl aber pro Tag um 7 Millionen € ärmer geworden. Bis die zusätzlichen Gas- und Kohlekraftwerke am Netz sind, beziehen wir den fehlenden Strom aus benachbarten Kernkraftwerken, das ist allerdings bis dahin gut für unsere CO₂ Bilanz. Aber auch nach 2017 dürfen dann jedoch im Gegenzug keine alten Kohlekraftwerke außer Betrieb genommen werden, was ja aus CO₂ Minderungsgründen vorgesehen war.



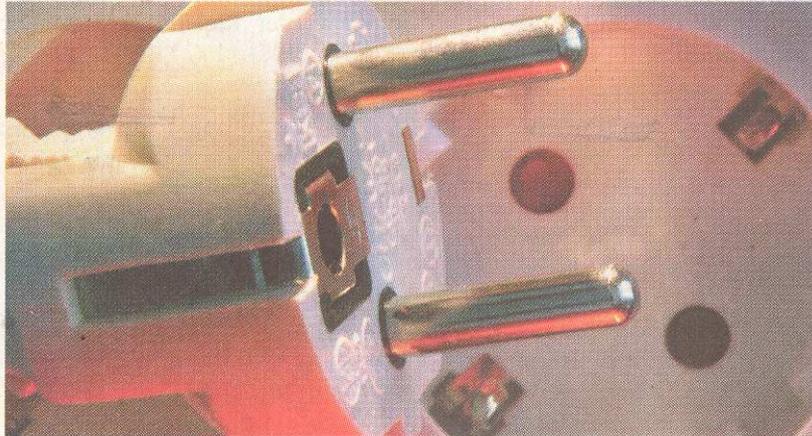
Solche Realitäten werden vom Umweltbundesamt (UBA) vorsätzlich ignoriert und verschwiegen.

Stromzuschuss für Arme?

Kanzlerin dämpft Sorge um steigende Strompreise

Berlin. Mit seiner Forderung nach Strompreis-Zuschüssen für Geringverdiener hat E.on-Chef Johannes Teyssen die Debatte über steigende Energiepreise neu entfacht.

Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) dämpfte unterdessen die Sorge vor steigenden Strompreisen. Die Bundesregierung tue alles, damit die Preise bezahlbar blieben, sagte die CDU-Politikerin gestern in ihrer wöchentlichen Video-Botschaft. Zugleich müsse die Versorgung gesichert und die Energieversorgung umweltfreundlich ausgestaltet werden. Bei Familienunternehmen, die sehr viel Energie brauchten, sagte die Bundesregierung dafür, dass „die zu hohen Kosten aus dem Erneuerbare Energien-Gesetz“ (EEG) erlassen würden, sagte die Kanzlerin. Sie bezog sich auf eine Regelung aus dem Gesetz, wonach energieintensive Energien von der EEG-Umlage befreit werden. Berechnungen zufolge



Strom wird immer teurer - vielleicht für manchen bald unbezahlbar. Foto: dapd

könnte die Umlage, die alle Verbraucher über ihre Stromrechnung bezahlen, im kommenden Jahr von derzeit knapp 3,6 Cent pro Kilowattstunde auf mehr als fünf Cent steigen. Angesichts dieser Prognosen hatte E.on-Chef Teyssen zuletzt einen Zuschlag für Hartz-IV-Empfänger gefordert. Deutschlands Strom- und Gaskunden drohen nach einem Gerichtsurteil auch Preiserhö-

hungen an einer weiteren Front. Das Oberlandesgericht Düsseldorf hatte entschieden, dass die Bundesnetzagentur in der Vergangenheit den Anlagenwert der deutschen Strom- und Gasnetze zum Nachteil der Netzbetreiber zu niedrig kalkuliert habe. FDP-Chef Philipp Rösler sprach sich dagegen aus, mit staatlichen Eingriffen eine Reduzierung des Strompreises durchzuset-

zen. Ursächlich für die steigenden Preise sei das EEG, das einen stärkeren Ausbau alternativer Energien verursacht habe als ursprünglich geplant. Rösler betonte, die Forderung nach staatlichen Eingriffen bedeute, negative Folgen einer Subvention durch eine weitere Subvention zu mildern. „Man kann Feuer nicht mit Feuer löschen“, sagte Rösler der Zeitung „Sonntag Aktuell“. (red)

Quelle: Super-Sonntag vom 10.6.2012

Leider verniedlicht die Kanzlerin die EEG- Belastung von 3,6 ct/kWh, indem Sie entgegen der Gesetzesverordnung für Preisangaben den Nettobetrag ohne Mehrwertsteuer angibt, einschließlich Mehrwertsteuer beträgt die Belastung für die Verbraucher 4,27 ct/kWh, demnächst also mehr als 6 ct/kWh. Das ist dann bereits mehr, als der Strom an der Strombörse in Leipzig kostet.

Zur Regierungszeit der Rot/Grünen Koalition verkündeten Herr Trittin und Frau Höhn, dass die EEG-Belastung nur 1 Euro pro Monat ausmache, heute sind es bereist mehr als das zwölfwache dieses Betrages.

Strom ist mit der Energiewende zwangsläufig zum **Luxusgut** geworden, das war vorhersehbar und ist unter den Vorgabebezielen der deutschen Energiewende auch unvermeidlich. Daher ist auch kein anderes Land dem deutschen Beispiel gefolgt.

Es ist nur eine Frage der Zeit, welche politische Partei als erste den Mut hat, diese Fehlentscheidung zu bekennen und zu revidieren. Nur so werden die CO₂ Minderungsziele wieder realistisch, die Verlagerungstendenzen der deutschen Industrie ins Ausland gestoppt und es wird unserem Volk noch größerer wirtschaftlicher Schaden erspart.

Mit einem Stromgeltzuschuss für Hartz IV-Empfänger ist dem Patienten „Energiepolitik“ nicht geholfen die Ursache der Krankheit muss beseitigt werden, d.h. alle Stromerzeugungsarten im Energiemix haben sich im Wettbewerb zu behaupten. Das EEG gehört ersatzlos abgeschafft, es ist ein Element längst als überholt geglaubter Planwirtschaft im Energiebereich, das Gegenteil von Energiemarktliberalisierung unter der Zielvorstellung die EU-Politik von 1998, in dessen Folge die Deutsche Energiepolitik mit dem neuen EnWG am 7. Juli 2005 angetreten war.

Helmut Alt